Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1921

98 (10.4.1921) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 5.50 Mk., in den Ausgabestellen abgeholt monatlich 5.10 Mk. auswärts durch unsere Agenturen bezogen 5.50 Mk. monatlich, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 5.65 Mk., vierteljährlich 16.95 Mk.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum a) lokal 1.40 M. b) auswärts 1.60 M. Reklamezeile 5.— Mk., an erster Stelle 5.50 Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachmittags.

Fernsprechanschlüsse: **Geschäftsstelle Nr. 203 Verlag Nr. 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 80. Hauptschriftleiter Nr. 277**

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Martin Hoizinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Hermann Weick; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck und Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Telephon-Amt Uhland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 98. — **Sonntag, den 10. April 1921** — Erstes Blatt.

Oesterreichische Notizen.

(Von unserem Korrespondenten.)

Dr. O. B. Wien, Anfang April.

Das Ereignis des Tages ist die unvermutete Rückkehr des Ex-Kaisers und Königs Karl nach Ungarn und die möglichen befürchteten Rückwirkungen auf die Lage in Oesterreich. Man hat hier in Wien die Reise des Exkaisers am ersten Tage nicht recht ernst genommen und neigte einer operettenhaften Betrachtung der Dinge zu. Tags darauf sah man die Sachlage schon nicht mehr so gemütlich an. Die allerdings unbeglaubigten, aber mit großer Hartnäckigkeit auftretenden Gerüchte über die Haltung der Truppen in Steinamanger, ein geheimes Einverständnis des Exkönigs mit der ungarischen Regierung, ein beabsichtigter Vormarsch nach Budapest und Wien haben große Beunruhigung erzeugt. Während ich diese Zeilen schreibe, ist an maßgebenden Stellen wieder eine gewisse Entspannung festzustellen. Die ungarischen Behörden haben der österreichischen Regierung von der Rückreise des Exkaisers in die Schweiz offiziell Mitteilung gemacht, man muß also wohl annehmen, daß die ungarischen Machthaber nicht etwa ein Doppelspiel treiben (wie freilich auch von manchen Seiten behauptet wird), sondern tatsächlich bemüht waren, die Affäre, die bestenfalls allerorts unangenehme Komplikationen schafft, rasch und loyal zu erledigen. Uns interessieren naturgemäß hauptsächlich die Auswirkungen des Ereignisses auf die österreichische Politik. In diesem Punkte können wir mit Beruhigung feststellen, daß die Nachrichten aus Ungarn hierzulande keinerlei Panikstimmung hervorgerufen haben.

Das Wagnis zeigt deutlich, daß man in weiten Kreisen die Verhältnisse in Oesterreich noch keineswegs für stabilisiert hält, und es ergibt sich für die Entente die dringliche Notwendigkeit, diese Stabilisierung endlich mit allen geeigneten Mitteln herbeizuführen. Nun scheinen ja wirklich nach dem Ergebnisse der Verhandlungen in London und Paris die Dinge nach vielem fruchtlosen und zeitraubenden Herumreden endlich in Fluß zu kommen. Wie der Bundeskanzler im Ausschuß für Aeußeres amtlich mitteilte, haben die alliierten Hauptmächte endgültig eingewilligt, ihre Generalpfandrechte auf alle unsere Aktioen für zwanzig Jahre zurückzustellen, so daß wir Kredite in beliebiger Höhe gegen Sicherstellung aufnehmen können. Nach Scheitern des Loucheurschen Projektes hat es bekanntlich ein vom Völkerbund eingesetztes Finanzkomitee übernommen, uns unter Zugrundelegung des ter-Meulenschen Prinzips die erforderlichen Kredite durch Vermittlung privater Geldinstitute zu verschaffen und auch die Ausgabe einer inneren Anleihe mit garantiertem Goldkurse zu ermöglichen. Als Sicherheiten, die wir einräumen könnten, kämen in erster Linie die Zolleinnahmen und das Tabakmonopol, in zweiter die Bundesbahnen in Betracht. Doch ist hierüber noch nichts Sicheres bestimmt. Der Nationalrat wird da ein gewichtiges Wort dreinzusprechen und vor allem darüber zu wachen haben, daß unsere spärlichen Einnahmequellen nicht in einem höheren Maße gebunden werden, als durch die uns eingeräumten Kredite gerechtfertigt erscheint.

Weiter wurde Oesterreich eine Vermehrung der Kohlensendungen um 200 000 Tonnen zu denselben Preisen, wie die oberschlesische, grundsätzlich zugestanden. Ueber die näheren Bedingungen ist noch nichts vereinbart, doch soll ein Teil des Kaufpreises durch Ablieferung von Holzschiff und Zellulose bezahlt werden. Der Abbau der österreichischen Sektion der Reparationskommission steht nun bevor. Die Kontrolle, die diese Körperschaft ausübte, wird voraussichtlich der Finanzkommission des Völkerbundes oder den von ihr delegierten Persönlichkeiten zufallen. Die heikle Frage der Viehablieferung steht, wie der Bundeskanzler versicherte, für Oesterreich günstig, und es besteht alle Aussicht, daß die alliierten Mächte von dieser für uns katastrophalen Forderung endgültig oder doch zeitweise abstehen. Desgleichen ist in der Bankfrage eine freundlichere Wendung zu verzeichnen. Zwar ist die strittige Angelegenheit der Auslieferung des Goldschatzes nicht im Sinne des Standpunktes unserer Regierung entschieden worden, allein der Weg zu weiteren friedlichen Verhandlungen ist doch frei, ja es wird ausdrücklich gewünscht, daß sämtliche Streitteile ihn betreten mögen.

Die Note des Finanzkomitees des Völkerbundes, die die Voraussetzungen der Durchführbarkeit des Kreditobjekts ausführlich darlegt, ist mittlerweile fertiggestellt worden und wird den Alliierten, Oesterreich, sowie sämtlichen Völkerbund-Mitgliedern zugehen. Die Note verlangt von uns den Verzicht auf die weitere Ausgabe von Banknoten und den Abbau der zentralen (Staats-) Bewirtschaftung von Lebensmitteln und Kohle. Jedenfalls wird auch das Verlangen nach entsprechender Verringerung der Beamtenanzahl gestellt werden.

Man hofft, zu der Zurückstellung der Pfandrechte die Zustimmung der übrigen, in London nicht vertreten gewesenen Alliierten, insbesondere der Vereinigten Staaten und der neutralen Gläubiger-Länder, mühelos zu gewinnen. Eine weitere wichtige Voraussetzung des Gelingens der ganzen Aktion ist die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Oesterreich und den Nachbarländern. In dieser Hinsicht setzt man auf die bevorstehenden Konferenzen in Portorose und Rom große Hoffnungen. Alle Fragen, die durch die bisherigen Verträge nicht gelöst werden konnten, und mit der Liquidierung der ehemaligen Monarchie zusammenhängen, sollen nun endlich ihre gründliche Bereinigung finden. Wie sich in Mitteleuropa — immer vorausgesetzt, daß aus dem jüngsten Abenteuer des Exkaisers keine ernsteren Komplikationen entstehen — allseits versöhnlichere Dispositionen auszubreiten beginnen, beweisen die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Czechen und Ungarn, die wohl noch nicht sehr weit gediehen sind, immerhin aber eine beachtenswerte Wendung zum Besseren darstellen. Ungleich vorgeschrittener stehen die Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei. Hier wurde bereits das Prinzip einer gegenseitigen Freiliste (für Ein- und Ausfuhr) festgesetzt, auf der die wichtigsten Artikel verzeichnet erscheinen. Bei den in einer zweiten Liste aufgenommenen Waren werden wenigstens namhafte Erleichterungen zugebilligt. Unter den in einer dritten Liste enthaltenen verbotenen Artikeln befinden sich hauptsächlich Nahrungsmittel, besonders Mehl. Es herrscht beiderseits großes Entgegenkommen, und wenn die Verhandlungen weiter einen so günstigen Verlauf nehmen, ist mit einer bedeutenden Erleichterung gegen die heutigen Zustände zu rechnen. Was als erfreuliches Präjudiz vor den Besprechungen in Portorose und Rom sehr begrüßenswert wäre.

Ungelöst ist immer noch die Frage der Einverleibung des Burgenlandes. Die bisherigen direkten Beratungen in Wien haben bekanntermaßen gänzlich ergebnislos geendet, da die prinzipiellen Standpunkte beider Parteien unüberbrückbar schienen. Die Fortsetzung in Budapest hatte kein wesentlich besseres Ergebnis. Der Bundeskanzler versicherte, wegen baldiger und vertragsmäßiger Durchführung der Einverleibung die befriedigendsten Erklärungen der maßgebenden Entente-Staatsmänner erhalten zu haben. Man sollte meinen, daß dies genügt. Es muß sich in kürzester Frist zeigen, ob den theoretischen Versicherungen des Entente-Wohlwollens für den wahrscheinlichen Fall weiterer ungarischer Halsstarrigkeit auch die praktische Entschlossenheit zur ungesäumten Erledigung der westungarischen Frage im Sinne des St. Germainer Friedensvertrages nachfolgen wird.

Außerhalb des Rahmens der allgemeinen Finanzhilfsaktion hat Dr. Mayr, wie er zugab, mit den maßgebenden Staatsmännern in Paris und London auch politische Besprechungen gepflogen. Sie galten selbstverständlich in erster Linie dem Anschlußproblem. Der Kanzler behauptet, mit Nachdruck die Ansicht vertreten zu haben, daß die Anschlußbewegung uneindämmbare Formen annehmen würde, falls sich auch der gegenwärtige letzte Rettungsversuch als Utopie herausstelle. Oesterreich würde dann die Gestattung des Anschlusses beim Völkerbund in aller Form ansuchen. Der Bundeskanzler gab in seiner Programmrede dem lebhaften Wunsche Ausdruck, es möge die Anschlußagitation gegenwärtig etwas stagnieren, wenigstens solange, bis man die Chancen der Finanzaktion des Völkerbundes einigermaßen überblicken könne, was in wenigen Wochen der Fall sein wird. So begreiflich dieser Wunsch vom Gesichtspunkte eines verantwortlichen Staatsmannes sein mag, so schwer wird es sein, ihn der Verwirklichung zuzuführen. Denn die Bewegung für den Anschluß an Deutschland flaut — ungeachtet der diesmal offensichtlich ernster, als bisher gemeinten Ententebemühungen um unsere Rettung — nicht nur nicht ab, sondern nimmt im Gegenteil immer ungestümere Formen an. In Tirol hat sich sogar ein regelrechter Konflikt zwischen Landes- und Bundesregierung hierüber entwickelt, weil es sich die Landesgewaltigen nicht nehmen lassen wollten, trotz formellen Einspruchs der Zentralregierung die Volksabstimmung über den Anschluß in Tirol allein anzuberaumen. Neuestens ist eine Vereinbarung zwischen allen Parteien zustande gekommen, wonach sowohl die Regierungsvorlage über diesen Gegenstand, als auch der großdeutsche Volksabstimmungsantrag im Hause bald nach Ostern verabschiedet werden sollen. Die Abstimmung selbst dürfte dann Anfang Mai, und zwar in ganz Oesterreich, vorgenommen werden, damit die Länder keine Gelegenheit mehr finden, Sonderpolitik zu treiben. Irgend eine andere, als platonische Bedeutung wird aber der Abstimmung vorläufig kaum zuzuerkennen sein.

In der inneren Politik herrscht im großen ganzen ziemliche Ruhe. Die Gegensätze sind zwar latent und ungeklärt, kommen aber nur selten zu offenem Ausbruch. Verstimmung hat ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes, das die Dispensehen für ungiltig erklärt, wegen der prinzipiellen Bedeutsamkeit der Entscheidung in sozialdemokratischen Kreisen hervorgerufen. Die Frage der Reform des Eherechts ist dadurch nur noch dringender geworden, wird aber voraussichtlich noch zu schweren Kämpfen Anlaß geben. Starke Abkühlung ist auch zwischen Christlich-Sozialen und Großdeutschen eingetreten. Eine Kampfabstimmung im Unterrichtsausschuß, wo die Großdeutschen an der Seite der Sozialisten gegen den christlich-sozialen Antrag stimmten, Vertreter der Religionsgenossenschaften in die Landesschulräte zu entsenden, hat den Christlich-Sozialen eine empfindliche Niederlage gebracht und die Unsicherheit unserer Mehrheitsverhältnisse wieder einmal schlagend bewiesen.

Der neue preußische Ministerpräsident.

H. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die wochenlangen vergeblichen und peinlichen Bemühungen innerhalb des neuen Parlamentarismus eine preußische Regierung zustande zu bringen, haben heute zu einer Lösung geführt, die zunächst zwar einen provisorischen Charakter zu haben scheint, aber für die gesamte innerpolitische Entwicklung von großer Bedeutung sein dürfte. Darauf weist heute schon die große innere Mehrheit, mit der Herr Stegerwald zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Sehr bald nach den preußischen Neuwahlen, welche mit der wesentlichen Verstärkung der Rechts- und Linksparteien abschlossen, mußte erkannt werden, daß die bisherige alte Regierungskoalition auf die Dauer nicht mehr regierungsfähig bleiben werde. Man versuchte daher nach beiden Seiten hin, das Kabinett auf eine breitere Basis zu stützen, stieß dabei aber auch auf unüberwindliche Schwierigkeiten, die in dem Egoismus und der Einseitigkeit, besonders der Mehrheitssozialdemokratie und teilweise der deutschen Volkspartei, lagen. Die Absicht der Zentrumspartei durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei die nötige Erweiterung vorzunehmen, scheiterte immer wieder an dem Einspruch oder den übertriebenen Bedingungen der Scheidemann-Partei. Nach allen Erfahrungen der letzten Zeit und eben gestützt auf das Wahlergebnis lehnten Zentrum und Demokratie es aber ab, mit der Sozialdemokratie allein wieder eine Regierung zu bilden. In den letzten Tagen wurde die Notwendigkeit und die Verantwortung, eine Regierung zu bilden, um die parlamentarische Arbeit zu ermöglichen, immer drängender; aber von Tag zu Tag mußte festgestellt werden, daß alle Kombinationen am Parteiegoismus gescheitert waren. Infolgedessen gewann der Gedanke der Bildung eines Geschäftsministeriums an Boden. Im Laufe des Freitags erhielt er feste Form dadurch, daß auch die Deutsche Volkspartei und die Deutsch-Nationale Partei ihm zuneigten und sich bereit erklärten, Herrn Stegerwald, dessen Bestrebungen, die Ueberpolitisierung unseres öffentlichen Lebens einzudämmen, ja bekannt sind, anzuerkennen. In den gestrigen Nachtstunden fanden dann noch interfraktionelle Besprechungen statt, die zwar ohne positives Ergebnis endeten, aber doch jenem Gedanken des Geschäftsministeriums weitere Freunde gewannen. Das Zentrum entschloß sich schon am Freitag und Samstag morgen, Stegerwald seinerseits als Ministerpräsidenten vorzuschlagen, der sich entgegen früheren Weigerungen zur Annahme bereit erklärte. Am Abend beschlossen auch die Mehrheitssozialdemokraten, nicht wie ursprünglich beabsichtigt war, ihre Stimmen dem früheren Ministerpräsidenten Braun als dem Sozialdemokraten abzugeben, sondern ebenfalls für Stegerwald einzutreten. Ob die bisherigen sozialdemokratischen Minister bleiben werden, ist noch ungewiß. Stegerwald hat sich zunächst freie Hand vorbehalten. Die Bildung des Kabinetts dürfte noch eine Reihe von Tagen in Anspruch nehmen.

Am Donnerstag wird die große Aussprache über den Kommunistenaufstand im mitteldeutschen Industriegebiet beginnen. Die Interpellation in dieser Frage wird noch von der alten Regierung beantwortet werden. Erst am Dienstag der übernächsten Woche dürfte Ministerpräsident Stegerwald seine Regierung dem Landtag vorstellen.

*

Die peinliche Frage.

H. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die außenpolitische Lage wird in deutschen amtlichen Kreisen als recht ernst angesehen. Zwar liegen keinerlei Bestätigungen über die gemeldeten Vorbereitungen des gleichzeitigen Vormarsches französischer Truppen gegen das Ruhrgebiet und polnischer und tschechischer Truppen vor. Doch sei aus der großen Angst der französischen Staatsmänner, sowie der Presse zu schließen, daß man in Paris sich vor jedem englischen Einspruch auch gegen die maßlosesten Unternehmungen gegen Deutschland sicher fühlt. Immerhin scheint gleichzeitig in den verschiedenen Ländern die Furcht vor dem Sprung ins Dunkle doch auch den Wunsch nach irgend einer leidlichen aussichtsreichen Vermittlung zu stärken.

Amerika über die deutsche Zahlungsfähigkeit.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Paris,** 9. April. Pariser Blättern wird aus Washington gemeldet: Der Vorsitzende der amerikanischen Reparationskommission vertritt die Ansicht, daß Deutschland 15 Milliarden Dollar, das sind 210 Milliarden Franken, bezahlen könne. Deutschland sei bereit, eine derartige Entschädigung zu leisten. Eine Annullierung der internationalen Schulden könne nur dann stattfinden, wenn die Vereinigten Staaten die Bedingung aufstellen und durchsetzen, daß die Schranken fallen, die durch Aufstellung von Vorzugstarifen dem Handel gezogen sind.

Das besetzte Gebiet und die Zollgrenze.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Berlin,** 9. April. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob das besetzte Gebiet nach der Errichtung der Rheinzollgrenze als Ausland in umsatzsteuerlicher Beziehung anzusehen ist. Es wird darauf hingewiesen, daß hiervon nicht die Rede sein kann. Die deutschen Gebiete bleiben auch nach der Einführung der Zollgrenze Inland.

Pertinax kann es nicht glauben.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 9. April. Pertinax bespricht im „Echo de Paris" die gestern veröffentlichte Meldung der „Washingtoner Post", es solle in diesem Sommer eine internationale Konferenz nach Washington einberufen werden, um die Wiederherstellungsfrage zu lösen. Er will nicht glauben, daß die Nachricht begründet ist. Sonst würden die Amerikaner den Eindruck hervorrufen, zu wollen, den deutschen Widerstand zu bestärken und Europa zu neuen Störungen verurteilen.

Ansprache eines französischen Generals in Düsseldorf.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Berlin,** 9. April. Bei Uebernahme des Kommandos in Düsseldorf ließ der zum Nachfolger des Generals Gaucher ernannte Befehlshaber der 5. französischen Inf.-Division, General Hennocque, durch seinen Adjutanten den Spitzen der deutschen Behörden eine Ansprache verlesen, die in folgende Worte ausklang: Als Sohn des siegreichen Frankreichs bringe ich die hohen Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit, die das französische Banner in seinen Falten bereits seit mehr als ein Jahrhundert durch ganz Europa getragen hat. Ihre Freiheit wird also geachtet werden unter der Bedingung, daß Sie die Sicherheit meiner Truppen nicht bloßstellen und daß Sie die Ordnung nicht stören. Die Gleichheit wird sich durch gleiche Gerechtigkeit für alle an den Tag legen. Was die Brüderlichkeit betrifft, so wird sich unsere leicht den bescheidenen Tugenden derer zuwenden, die sich plagen und leiden, andererseits wird es an denen sein, die diesen abscheulichen Krieg heraufbeschworen haben, die Brüderlichkeit aufkeimen zu lassen, indem Sie sich bestreben, uns die Grausamkeiten vergessen zu lassen, die ihre Armeen in Nordfrankreich und Belgien begangen haben, jenen Ländern, die sie systematisch und auf Befehl verwüsteten. Es wird an Ihnen sein, den zahlreichen Unterschriften Ehre zu machen, die sie seit dem Tage gegeben haben, wo ihre Regierung und ihre militärischen Führer die Niederlage Deutschlands anerkannt haben. Wohlwollend wird mein Wohlwollen nicht zur Schwäche herabsinken. Wer sich meinen Befehlen nicht fügt, oder wer sich ihnen widersetzt, wird Gegenstand strenger Maßregeln sein. Vergessen Sie nicht, daß Recht über Gewalt geht, aber unter der Bedingung, daß die Gewalt dem Rechte zur Verfügung steht. Ich verfüge über beides. Das soll Ihnen sagen, daß das Recht geachtet werden muß.

Die Genfer Zonenfrage.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Bern,** 9. April. Der schweizerische Bundesrat bleibt im Einverständnis mit der Genfer Delegation der ursprünglichen Auffassung, daß die Genfer Zonenfrage einem internationalen Schiedsgericht zu überweisen sei.

Kaiser Karl muß die Schweiz verlassen.

(Eigener Drahtbericht.)

E.P. **Basel,** 9. April. Die „Basler Nachrichten" erfahren aus Bern: Der Bundesrat hat dem österreichischen Exkaiser Karl offiziell mitteilen lassen, daß es ihm erwünscht wäre, wenn er außerhalb der Schweiz Wohnsitz nehmen würde. Der Exkaiser Karl steht bereits in Unterhandlungen für seine Aufnahme in einen anderen Staat.

Das internationale Arbeitsamt.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Genf,** 9. April. Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamts tritt am 12. April zusammen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 12 Seiten und Pyramide.

Gegen das amerikanische Einwanderungsverbot.

Von Francis H. Sisson,
Vizepräsident der Guaranty Trust Compagny,
Neuyork.

Die Idee einiger amerikanischer Träumer von Amerikas „splendid isolation" in der Welt hat der Weltkrieg als eitlen Wahn enthüllt und gründlich zerstört; er hat vielmehr die Erkenntnis gebracht, daß alle Völker der Welt ausnahmslos in wirtschaftlicher Beziehung aufeinander angewiesen sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Gründe für diesen Krieg in ökonomischen Rivalitäten zu suchen sind, und daß ein dauerhafter Friede nicht eher möglich ist, bevor nicht die Weltwirtschaftslage sich wieder gefestigt hat. Im Zusammenhang hiermit muß das amerikanische Einwanderungsproblem, das in der Hauptsache ein wirtschaftliches Problem ist, als eine im hohen Grade internationale Angelegenheit betrachtet werden. Wir müssen eine Einwanderungspolitik treiben, die sich nicht darauf beschränkt, Verordnungen zu erlassen, die die Einwanderung verbieten oder gestatten, sondern eine Politik, die auch das ökonomische Gesetz von Nachfrage und Angebot, sowie eine entsprechende Verteilung der Einwanderer unter Berücksichtigung der Assimilationsmöglichkeiten im Auge hat. Wir müssen uns vor jeder übereilten und unüberlegten Handlung in acht nehmen, die das Ergebnis einer unberechtigten Furcht vor einer Einwanderungsüberflutung wäre. Es sollen in nächster Zeit zehn Millionen Menschen beabsichtigen, nach den Vereinigten Staaten überzusiedeln, aus Deutschland allein acht Millionen. Anderen Berichten zufolge wollen aus Italien fünf Millionen, aus Polen eine Million nach den Vereinigten Staaten auswandern. Die allgemein verbreitete Furcht, daß Amerika von Radikalen aller Länder überschwemmt werden wird, macht einen durchaus hysterischen Eindruck. Es ist mindestens ebenso wahrscheinlich, daß antirevolutionäre und intelligente Europäer Amerika als Zufluchtstätte vor dem Bolschewismus betrachten und deshalb aufsuchen.

Im Jahre 1920 hat die Bevölkerung infolge von Einwanderung einen Zuwachs von insgesamt ungefähr 266 000 Menschen zu verzeichnen gehabt, d. h. 50 Prozent vom Jahresdurchschnitt der letzten fünf Vorkriegsjahre. Die Annahme, daß die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten in demselben Grade abnehmen wird, wie die wirtschaftliche Sanierung in Europa fortschreitet, ist durchaus begründet. Ein Vergleich der Ein- und Auswanderungen in den Jahren 1912 u. 1913 mit denen in der Zeit von 1918—1920 lehrt, daß z. B. in dieser Zeit nur ein einziger Böhme u. ein einziger Jugoslawe eingewandert sind gegenüber 42 bzw. 170 vor dem Kriege, daß 3 mal mehr Slowaken und 7 mal mehr Polen in ihre Heimat zurückgekehrt als eingewandert sind. Hieraus geht klar hervor, daß viele Ausländer jetzt weniger als in der Vergangenheit in den Vereinigten Staaten Schutz gegen religiöse Verfolgung und politische Unterdrückung suchen. Wenn auch die gegenwärtigen europäischen Wirtschaftsverhältnisse den Bewohnern des Kontinents eine Auswanderung sehr verlockend erscheinen lassen, so darf doch auf der anderen Seite nicht außer acht gelassen werden, daß Europa zu einem Wiederaufbau jedes einzelnen dringend bedarf. So sind in Schweden, Finland und Deutschland große Kolonisationspläne in Angriff genommen worden; in der Tschecho-Slowakei und anderen Staaten werden allen Militärpflichtigen die Pässe verweigert, in Rumänien werden sogar alle Auswanderer mit dem Verlust des Bürgerrechts bedroht. In Deutschland ist ein Bureau für Ein- und Auswanderung errichtet worden, dessen Aufgabe darin besteht, der Heimat wieder Kolonisten zuzuführen. England trachtet danach, seine Auswanderer in die Kolonien des britischen Reiches statt nach Amerika zu dirigieren. Die während des letzten Jahres in Scharen erfolgte Auswanderung aus Spanien hat dort zu lebhaften Protesten geführt. Belgien ist um die Rückkehr aller ausgewanderten Belgier bemüht. Die griechische Regierung gestattet die Auswanderung nur in beschwächtem Maße, und auch Italien sucht ihr einen Damm entgegenzusetzen. Die Sehnsucht der Europäer nach Amerika ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die Vereinigten Staaten heute mit einem Nationalvermögen von ungefähr 300 Billionen Dollar und einem Nationaleinkommen von mehr als 60 Billionen im Jahr das reichste Land der Welt ist, wenn man bedenkt, daß sämtliche amerikanische Banken, mit Ausnahme der Federal Reserve Bank, über ein Kapital von mehr als 50 Billionen Dollar verfügen, d. h. mehr als alle Banken der Welt zusammen. Dazu kommt, daß von allen in der Welt hergestellten landwirtschaftlichen Produkten ¼, von Fabrikerzeugnissen ⅕ und von Mineralprodukten mehr als ⅖ auf das Konto Amerikas entfällt. Diese hohe Blüte und machtvolle Entwickelung verdankt Amerika nicht zuletzt den eingewanderten Europäern, die in fast sämtlichen Industriezweigen eine mehr oder weniger vorherrschende Stellung einnehmen. Es wäre töricht, diese Einwanderungsquelle zu verstopfen, die so sehr zur Erhöhung der Produktion und Verringerung ihrer Kosten beigetragen hat. Amerika, dessen Hilfsquellen geradezu unerschöpflich sind, bietet den Einwanderern trotz der gegenwärtigen Stagnation ein unendlich reiches Tätigkeitsfeld. Amerika muß daher eine nationale Einwanderungspolitik treiben, die all diesen Faktoren gebührend Rechnung trägt und ihre Entscheidungen nicht von irgend welchen toten Prinzipien, sondern einzig von den lebendigen Bedürfnissen des Landes abhängig macht. Eine solche Politik würde diesem Einwanderungsstrom ein den Interessen Amerikas gemäßes Bett bereiten, nicht ihn abdämmen, was gleichbedeutend wäre mit einer wirtschaftlichen Verdammnis.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Angst und Aufregung in der englischen Presse.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 9. April. Ein Teil der Morgenpresse ist der Ansicht, daß, obwohl die größte industrielle Krise, der sich England je gegenüber gestellt sah, ihren Höhepunkt erreicht hat, immer noch Hoffnung vorhanden ist, daß der Friede noch gesichert werden könne.

Die „Times" sprechen von einer dramatischen Pause, die in einen wirklichen Waffenstillstand oder sogar in einen wirklichen Frieden verwandelt werden könne. Die Verschiebung der Streikaktion bis Dienstag Mitternacht bedeute einen endgültigen Schritt vorwärts.

Demgegenüber ist der „Daily Telegraph" nicht der Ansicht, daß irgend etwas eintreten würde, was den Streik verhindern könne.

„Daily Herald" ist sogar der Meinung, daß sowohl das Kapital als auch die Bergarbeiter es vorziehen, den unvermeidlichen Kampf jetzt auszufechten.

Das gleiche Blatt veröffentlicht eine Erklärung Hoges, des Sekretärs des Bergarbeiterverbandes, an das Blatt, worin es heißt: Der Krieg ist erklärt worden gegen Bein von meinem Bein, gegen Fleisch von meinem Fleisch. Hoges erklärt, die Regierung sei von dem Wunsch beseelt, die Arbeiter zu unterdrücken. Die Arbeiter würden niemals durch einen Beschluß der Regierung, ihnen Bedingungen durch militärische Gewalt aufzuzwingen, erschreckt werden. Sie hätten nur um bedingungslose Konferenz gebeten. Statt dessen hätte man ihnen ein Diktat gestellt. Hoges schließt, die Regierung muß gehen. Es ist unsere Pflicht, sicher zu stellen, daß sie geht.

Inzwischen läuft ein Gerücht um, daß der Streikbefehl nicht bei allen Arbeitern Zustimmung finde. Ein Teil der Liverpooler Eisenbahner telegraphierte beispielsweise an Thomas, sie wollten nicht in den Ausstand treten und seien überzeugt, die ganze Streikbewegung sei auf ein bolschewistisches Manöver zurückzuführen, um in England die Revolution zu entfachen. Diese Eisenbahner erklären, sie würden keine Aktion unterstützen, die England in Anarchie stürze und Deutschland zur Verminderung seiner Verantwortlichkeit dienen könne.

Die „Morning Post" vermutet ebenfalls hinter der ganzen Bewegung bolschewistische Umtriebe. Das Blatt ist überzeugt, daß die Antwort auf den Appell des ersten Ministers an die Nation zur Unterstützung der Regierung überwältigend sein werde.

„Daily Telegraph" schreibt: Der dreifache Kampf wird und kann keinen Erfolg haben, wenn wir kaltes Blut bewahren und unsere Pflicht tun.

Die „Times" schreiben in einem versöhnlich gehaltenen Leitartikel, die Regierung sei zu heftig vorgegangen. Die Bergwerksbesitzer hätten zu große und plötzliche Lohnverminderungen gefordert. Die Mehrzahl der Bergarbeiter hätte nicht den Wunsch, Unmögliches zu fordern oder andere Teile der Nation einzuschüchtern. Die „Times" treten dafür ein, dem Wunsch des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter stattzugeben, wenn er darauf bestehen sollte, die Konferenz bedingungslos wieder aufzunehmen. Der Arbeiterdreibund habe einen Friedensantrag gemacht.

Ein weiterer Artikel der „Times" hebt die traurigen Folgen hervor, die der Streik für den Handel und das Geschäftsleben Englands nach sich ziehe. Amerika werde dadurch noch größere Gelegenheit geboten, die englischen Märkte Europas zu versorgen als im letzten Jahre. Auch Deutschland werde bei einem Angriff auf den englischen Außenhandel unterstützt. Das Blatt hofft, daß die Regierung, Bergwerksbesitzer und Arbeiter sich den unberechenbaren Schaden vor Augen halten werden, den die Nation alsdann erleiden müsse, wenn der Handel Englands vollständig in ein Chaos verfalle.

Ein Aufruf der Regierung.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **London**, 9. April. Die Regierung hat gestern abend einen Aufruf an alle loyalen Bürger erlassen, sich zu Schutzverbänden zu vereinigen.

Die Einberufungen in England.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 9. April. „Daily Chronicle" zufolge beträgt die Stärke der einberufenen Reserven für das Heer 200 000 Mann.

b. **London**, 9. April. (Eig. Drahtbericht.) In London wurden Plakate angeschlagen, worin alle waffenfähigen Männer von 18—40 Jahren aufgefordert werden, sich zur Verfügung der Regierung zu stellen für den Fall, daß der Dreiverband der Berg-, Transport- und Eisenbahnarbeiter den Generalstreik erklärt. Die Freiwilligen sollen hauptsächlich zur Aufrechterhaltung des Verkehrs Verwendung finden und zu diesem Zwecke in ganz England und Schottland stationiert werden.

w. **London**, 9. April. (Eig. Drahtber.) (Reuter.) Die Verhandlungen zwischen Lloyd George und Vertretern des Arbeiterdreibundes wurden den ganzen Tag über fortgesetzt. Die Lage scheint sich gebessert zu haben. Freiwillige der Notstandspartei melden sich in Scharen.

Die amerikanischen Bergarbeiter.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 9. April. Reuter meldet aus Montreal, daß eine dem Gewerbe- und Arbeiterrat vorgelegte Entschließung den amerikanischen Arbeiterbund auffordere, die amerikanischen Bergarbeiter dringend zu bitten, während des Kohlenstreikes in England sich zu weigern, Kohlen zur Ausfuhr nach England oder zum Gebrauch für britische Schiffe zu fördern.

Die Nachwehen.

Verurteilungen durch die außerordentlichen Gerichte.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Hagen**, 9. April. Vor dem hiesigen außerordentlichen Gericht zur Verurteilung der bei dem Kommunistenputsch im hiesigen Gerichtsbezirk verübten Verbrechen und Vergehen wurde gestern in 5½stündiger Verhandlung das Urteil über 9 Angeklagte gefällt. Das Gericht erkannte bei zwei Angeklagten auf vier Jahre Zuchthaus, bei einem auf 2 Jahre und 9 Monate, gegen einen weiteren auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten auf 2 Jahre Gefängnis.

Künftig strenge Zucht in den Leuna-Werken.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 9. April. Der „Halleschen Volksztg." zufolge hat die Leitung der Leuna-Werke eine Verordnung erlassen, von deren Annahme die Einstellung eines Arbeiters abhängig gemacht wird. Die Verordnung enthält Bestimmungen, daß das Fortnehmen des wertlosesten Gegenstandes aus dem Werke als Diebstahl betrachtet wird, und daß sich die Arbeiter beim Verlassen des Werkes durch den Pförtner durchsuchen lassen müssen. Während der Arbeitszeit sind Versammlungen grundsätzlich verboten. Der Betriebsrat darf nur außerhalb der Arbeitszeit seine Sitzungen abhalten. Akkord- und Prämienarbeiten werden möglichst sofort wieder eingeführt. Von der Wiedereinstellung ausgeschlossen sind die Arbeiter unter 25 Jahren, sämtliche Mitglieder des Aktionsausschusses, und alle, die sich an dem Ueberfall gegen Personen und gegen das Werk beteiligt haben.

Verstärkung der Polizei in Mitteldeutschland.

(Eigener Drahtbericht.)

Magdeburg, 9. April. Die Umgruppierung und Vermehrung der Polizeikräfte im mitteldeutschen Aufruhrgebiet hat bereits begonnen. In Hettstadt soll eine Hundertschaft der Schutzpolizei gelassen werden. Auch die Stadt Mansfeld wird dauernd eine Hundertschaft erhalten. Eisleben, das der Mittelpunkt des kommunistischen Terrors war, soll mit drei bis vier Hundertschaften belegt werden. Auch Querfurt, in dessen Umgebung sich zahlreiche Kohlenschächte und der Hauptkohlenschacht der Leunawerke befindet, soll eine größere Verstärkung an Polizei erhalten. Desgleichen die Stadt Bebra.

Der kommunistische Aktionsplan für Bayern.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korrespondenten.)

fr. **München**, 9. April. Der kommunistische Aktionsplan für Bayern ist durch den Nachrichtendienst und das schnelle Zugreifen der Polizei in seiner Ausführung verhütet worden. Eine Anzahl Münchner Kommunisten hatte bei verschiedenen internen Zusammenkünften Pläne verabredet, die die Sprengung von Eisenbahnbrücken (bei Augsburg und Regensburg) und die Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs bei Truppentransporten zum Ziele hatten. Bei diesen Zusammenkünften wurde erklärt, daß

Veit Groh & Sohn
feine
Herren-Maß-Schneiderei
Anruf 3009. Tuchlager Kaiserstr. 114.

Die „Pyramide"

Wochenschrift zum Karlsruher Tagblatt

enthält in ihrer heutigen Nummer (15) folgende Beiträge: Von Liebe und Leben scheidend. Von Josef Viktor v. Scheffel, gestorben 9. April 1886. — Neue religiöse Malerei. Zur Ausstellung der Gemälde Willy Oesers. Von Dr. Wilhelm Fraenger in Heidelberg. — Ueber Regie und Spiel. Von Kuno Brombacher in Baden-Baden. — Beethovens Kindheit. Von Friedrich Schweikert in Karlsruhe. — Sagen vom Oberrhein. Von Oberlehrer Otto Weiner in Nußheim. — Befreiung. Von Hans Adelbert Berger in Mannheim.

Berliner Plaudereien.

Von Dr. E. H.

Hildesheimer Nocturno. Kölner Lokalstück. Berliner Nocturno und Lokalstück.

3 Uhr 22 morgens! Mit einem letzten geruhsam verschnaufenden Uff und Ruff hält der Schnellzug Köln—Berlin in dem spärlich erleuchteten Bahnhof von Hildesheim, von „Potthilsheim" wie die schöne Stadt in dem behaglichen Braunschweig-Hannoverschen Platt genannt wird, alldieweil sie gemütvoll in einer Wiesensenkung wie in einem Pott liegt. Mühsam klettere ich über die verschlafenen Beine etwelcher Reichswehrsoldaten ins Freie, begleitet von den wenig wohlwollenden Wünschen der in ihrem besten republikanischen Schlaf gestörten Staatsverteidiger. Ich bin der einzige Reisende, der in dieser nachtschlafenden Frühmorgenstunde in das träumende Hildesheim eindringt. — In dem Bahnhofviertel, das wie fast alle Bahnhofstadtteile der gesamten Welt recht wenig geschmackvoll wirkt, begegne ich noch einigen Bahnangestellten, dann aber gebieten ich und einige frühjahrsfrohe Katzenmiezen allein über die Straßen der altgeheiligten Stadt.

Dunkle, hochgestellte Giebel auf satten alten Bürgerhäusern engen den schmalen Fahrsteig; dank der tatkräftigen Magistratsbeleuchtung herrscht hier ein anheimelndes Dunkel, so etwa wie einstmals in Karlsruhe zu den besten Fliegerangriffszeiten. Nur ein leichter Mondschein blinkt über die Dächer, zwinkert in die Gassen und Höfe und liebkost die farbenfreudigen und lebensfrohen Holzschnitzereien, mit denen einstmals der genießerische, bilderliebende Hildesheimer Pfarrherr oder Bürger sein Haus geschmückt hat.

Heiah! Das ist die richtige Stunde, um die stille Stadt mit ihren 700 erinnerungsgesegneten Holzbauten und ihren herrlichen Klöstern und Kirchen zu genießen! Da schleichen stille Schatten im Schutze der ragenden Giebel, da wispert und singt der Nachtwind seine menschlichen Töne und Stimmen durch die engen Gassen, da versinken die Jahrhunderte und du stehst einsam in alten Zeiten.

Es ist das Jahr 1022 und der große Bischof, der mächtige Freund der Künste, Berward, liegt im Sterben. Aus der noch nicht völlig vollendeten Basilika der Benediktinerabteikirche St. Michael, die schon ihre stillen edlen Rundbogen zum Himmel reckt, klingt dumpfes Beten; mit inbrünstigem Flehen ringen die Mönche um das Leben ihres machtvollen Gründers und Schirmers.

Aus der niedrigen Werkstatt in dem steingepflasterten Höflein eines kleinen Bürgerhauses am Gang der hüßenden Schwestern dringt ein matter Lichtschein; verzweifelt läßt der Gießmeister seinen Arm sinken: die Form zu den mächtigen ehernen Torflügeln ruht im Sande, das flüssige glühende Erz brodelt in dem Gießofen; noch vor wenigen Tagen hat der kunstliebende Bischof selbst Bericht über den Fortgang der Arbeit eingefordert und die getane Leistung gelobt — und nun soll er das stolze Werk nicht mehr vollendet sehen. — Ein klagender Laut zieht durch die Nacht: der große Bernward ist tot —

Einige Jahrhunderte sind entflohen. Längs der Straße sind die hochgiebeligen Holzhäuser in zähem Ringen zwischen den alten Formen des Rund- und Spitzbogens mit der aus Italien übernommenen und vom deutschen Geist verarbeiteten neuen Bauweise zur Höhe gewachsen. Ein fröhlich vermummter Bürgersohn drückt heimlich vor der eisenbeschlagenen Tür des stolzen Kaufmannshauses die Hand seiner Liebsten. Dann eilt er leicht beschwingt seinem Heim nahe bei den Mauern der Magdalenenkirche zu. Doch aus dem Dunkel der Gasse taucht der verschmähte Nebenbuhler empor: ein Stoß mit der scharfen Klinge — am nächsten Morgen starrt den erschreckten Nachbaren das erkaltete Antlitz des lebensfrohen Jünglings grausamhöhnend aus dem frohen Mummenschanz entgegen. — Fröstelnd stehe ich im Dämmergrau vor dem unbeholfenen Stein, der einstmals zur Sühne des Mordes an der Stelle der ruchlosen Tat errichtet worden ist. Liebe, Eifersucht — Haß, Verbrechen — einst wie heute, heute wie morgen!

Tap-tap — tap-tap. — Dumpf hallen meine einsamen Schritte auf dem Pflaster vor der Andreaskirche, über den Pfaffenstieg und den Domhof.

Wo habe ich das Alles — menschenleer, nur durch eine einzige gespenstige Gestalt seltsam belebt — schon einmal gesehen? Ich fühle mit Klarheit, daß ich diesesmal nicht unter dem unbestimmten Bann eines oftmals empfundenen Gefühles zweitmaligen Erlebens stehe, sondern daß ich alles mit meinen leiblichen Augen schon einmal habe vor mir vorüberziehen lassen! Aber wo — wann war dies? — Ein gewölbter Torbogen taucht auf und befreit plötzlich die Erinnerung von ihren Fesseln. Aber die Lösung ist zu lächerlich, als daß sie innerlich befreiend wirken könnte: der erste „Golem"-Film von Wegener, dieses zu den wenigen guten Filmen gehörige Werk des großen Berliner Schauspielers, spielt in Hildesheim. Als „Golem", als sagenhafter tönerner Sklave des weisen Rabbi, hat Wegener in diesem Spiele schwankend und wiegend die stillen Straßen durchschritten. Auf der flimmernden Wand habe ich daher schon einmal all diese Gassen und Plätze erschaut. —

Tap-tap — tap-tap — etwa achtzig Meter hinter mir wuchtet ein langsamer Schritt hinter mir her; eben verhallt sein dumpfer schlürfender Klang hinter dem Stamm des tausendjährigen Rosenstockes, der seine Zweige liebkosend um die Chorrundung des Domes schlingt. — Ich stehe still und lausche in die Nacht. Alles still, nur der klagende Nachtwind und das Pochen des eigenen unermüdlich arbeitenden Herzens. — Tap-tap —, tap-tap. — Erneut erstarrt mein Fuß und der letzte ferne Schritt verklingt trotzig spottend in einer Nische des graurageuden Kreuzarmes. —

Was ist das? Wer folgt mir in dem dunkeln menschenleeren Morgengrauen, in das auch der umdüsterte Mond keinen Strahl mehr sendet? Meine von der Arbeit in dem besetzten Gebiet und von der ruhelosen Nachtfahrt überreizten Nerven vermengen Wirklichkeit, Geschichte und Spiel! Schleppt ein Einbrecher, schwerbeladen, seine nächtliche Beute über dem dunklen Domhof? Ist der große Berward dem Grab entstiegen, um in diesen Zeiten seine Hand schützend über seine Schöpfung zu halten; wuchtet der tönerne Golem durch die Gassen, um das entführte Töchterlein seines neuen Meisters gewaltsam in das verstaubte Heim an der Stadtmauer zurückzuschleifen? — Ach, Torheit! Das Jahr 1921 kennt keine Geistererscheinungen, sondern nur rauhe Wirklichkeit! „Nein," sage ich unwillkürlich laut vor mich hin, und ein lautes „Nein" kichert in farblosem Echo aus der Domecke nach! Lautwiderhall und — Nerven!

Erst im gemütlichen Bummelzug, der mich mit den ersten frühaufstehenden Arbeitern nach Braunschweig führt, fällt der Bann der morgengrauenden Stadt völlig von mir ab. Gute plattdeutsche Laute aus verräucherten Zähnen sind wackere Geisterbanner.

Köln. — Wenn man das Wesen und den Inhalt einer fremden Stadt erfassen will, so darf man nicht an seinen Kunst- und Vergnügungsstätten vorübergehen. Aus der Art, wie die hohe Kunst geboten und genossen wird, kann man gleicherweise Schlüsse auf die Geisteswelt der Stadtbewohner ziehen, wie aus dem Anblick der Stätten, in denen sich das einfache Vergnügen und Genügen auslebt. Mein erster Blick in einer fremden Stadt gilt daher zumeist den Anschlagsäulen mit der Blütenlese der gebotenen Genüsse.

„Köln. Stadttheater: Strindberg, Nach Damaskus I." — Schön! Also auch in Köln ist Strindberg (noch!) Trumpf! Mich selbst aber lockt diese Buß-Reise nicht! Ich habe mich schon in Berlin von dieser Mischung aus genialen Einfällen und Plattheiten, aus wahrem Gottessuchertum und Aberglauben, aus Menschenliebe und Roheiten, aus qualvoller Selbstzerfleischung und maßloser Selbstüberhebung zu keiner befreienden, warmen inneren Teilnahme fortreißen lassen können. Teils sachlich angezogen, teils abgestoßen, zumeist

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Verwaltungsreform.

Vom Oberregierungsrat Dr. Ing. Ritzmann in Karlsruhe.

Seit vielen Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten, besteht in allen deutschen Landen das Problem der Verwaltungsreform, genauer gesagt, der Reform der inneren Verwaltung. Umständlichkeit, Mangel an Sachkunde, Unfruchtbarkeit und eine durch diese Vorzüge nicht begründete Selbstherrlichkeit und Kostspieligkeit — das sind die wesentlichen Charakterzüge, die bald einzeln, bald zusammen, bald mehr, bald weniger scharf gezeichnet in allen kritischen Bildern der heutigen Verwaltungsorganisation wiederkehren. Die Bilder sind oft übertrieben und stark verzerrt, aber selten ganz falsch, wie ja auch die Reformbedürftigkeit der inneren Verwaltung selbst von den Nächstbeteiligten seit langem durchaus zugegeben wird.

Vor kurzem hat einer der erfahrensten badischen Verwaltungsbeamten, der Präsident des Verwaltungsgerichtshofs, Dr. Glockner, zu der Frage in einer veröffentlichten Denkschrift „Zur Reform der inneren Verwaltung" Stellung genommen. Sie bringt zunächst eine sehr lehrreiche Uebersicht über die bisher in den deutschen Ländern bestehenden Verhältnisse und die, wie festgestellt wird, ergebnislosen Reformbemühungen des letzten Jahrzehnts.

Mit seinen eigenen Vorschlägen weist Präsident Glockner keine grundsätzlich neuen Wege. Abgabe bisher staatlicher Verwaltungsaufgaben in größtem Umfange an geeignete Selbstverwaltungskörper, verstärkte Zuziehung des Laienelements bei der Vorbereitung von Verwaltungsentschließungen und Vereinfachung des Instanzenzuges durch Beseitigung der noch bestehenden Mittelstellen — das sind die bei der Erörterung des Problems immer wieder genannten Mittel, die aber in der Denkschrift in einer sehr feinsinnigen, auf unsere badischen Verhältnisse sorgfältig abgestimmten Weise beleuchtet werden.

Wir können im Hinblick auf die große Erfahrung des Verfassers aus den Ergebnissen der Denkschrift den Schluß ziehen, daß es keine anderen Mittel gibt, um die Aufgabe der Verwaltungsreform organisatorisch zu lösen. Und dieser Schluß wäre auch in der Tat berechtigt, wenn die für den Unterbau der Verwaltung gemachten Voraussetzungen vorbehaltlos angenommen werden müßten. Dies ist aber weder nötig, noch, wie mir scheint, zweckmäßig.

Das „monokratische System" der Bezirksverwaltung, wie in einer Besprechung meines Aufsatzes „Der Verwaltungsbeamte der Zukunft"*) in der Zeitschrift für badische Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege die Konzentration der Vollzugsgewalt im Bezirke auf die Person des Amtsvorstandes genannt wird, erscheint in der Denkschrift als unverrückbare Grundlage aller weiteren Maßnahmen. Ihr zuliebe erfährt der Grundsatz der Selbstverwaltung die durch den Hinweis auf preußische Vorkriegserfahrungen keineswegs genügend gerechtfertigte Einschränkung, daß der Amtsvorstand stets Vorsitzender des Bezirkskommunalverbandes sein soll. Sie macht auch das Bedenken verständlich, das gegen die Uebertragung von Geschäften der Staatsverwaltung an Bürgermeister angeführt wird, daß sie nämlich vom verantwortlichen Minister nicht abgesetzt werden können. Diese Hinweise lassen erkennen, wie fest der Gedanke des Regierens, also letzten Endes der politischen Einflußnahme durch die Bezirksverwaltungsbehörden noch wurzelt. Der Gedanke widerspricht dem Grundsatz der Selbstverwaltung, er verträgt sich auch nicht mit einer gesunden Entwicklung des Verwaltungsorganismus überhaupt, von der wir, wie Geh. Rat Prof. Dr. Gothein in seinen im „Karlsruher Tagblatt" veröffentlichten Ausführungen zum Parlamentarismus mit Recht hervorhebt, eine Entpolitisierung der Beamtentätigkeit, eine sorgsame Beschränkung auf die rein sachliche Verwaltungsarbeit erwarten müssen.

Wer dem zustimmt, wird auch anerkennen müssen, daß der vor dem Kriege vielleicht noch stichhaltige Hauptgrund für die Beibehaltung des „monokratischen Systems" — zu deutsch „System des Alleinherrschens" — nicht mehr besteht. Wenn aber bei der Frage der Verwaltungsreform seine Beseitigung oder Milderung in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden darf, dann ergeben sich ganz neue Möglichkeiten für eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung von unten her, die unter den heutigen Verhältnissen unbedingt Berücksichtigung heischen. Daß man bei der Verfolgung dieses Gedankens auf den geschlossenen Widerstand der heutigen Monokraten stoßen wird, darf nicht irre machen. Denn mit dem System würde auch die letzte Begründung für das Juristenmonopol in der Verwaltung fallen, das auch Präsident Glockner in seiner Denkschrift unter Berufung auf die badische Verfassung für unabänderlich zu halten scheint. Der Satz, auf den er sich bezieht, läßt aber diese weitgehende Folgerung nicht zu. Er lautet: „Die Befähigung (NB. zu einem Staatsamt) wird in der Regel durch die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen nachgewiesen." Diese gesetzlichen Vorschriften sind in unserem Fall leicht abzuändernde Verordnungen, die kein Hindernis für irgend eine sachlich erwünschte oder notwendige Regelung bilden. Dieser Hinweis war notwendig, weil auch die Vorbildung der Verwaltungsbeamten bei der Frage der Verwaltungsreform eine wichtige Rolle spielt.

Es ist hier nicht der Ort, ins Einzelne gehende Ergänzungsvorschläge zu der besprochenen Denkschrift zu machen. Nur grundsätzlich sei folgendes bemerkt:

Es ist keineswegs gesagt, daß der Ausbau der Selbstverwaltung zu einer Vereinfachung im Sinne einer Minderung der Verwaltungsarbeit und Kostenersparung für die Steuerzahler führt. Präsident Glockner weist selbst auf die nach über hundert Jahren wieder modernsten Ausführungen des Freiherrn von Stein hin, daß es bei Einführung der Selbstverwaltung weniger auf Ersparnisse, als auf „die Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinns" ankommt. Und auf die Erziehung des Bürgers zur Selbstverantwortung, wie ich beifügen möchte. Dieses Ziel kann aber nach hundert Jahren Obrigkeitsverwaltung und bei der heutigen psychischen Verfassung des Volkes nur allmählich erreicht werden. Bis dahin wird keine noch so weitgreifende Organisationsänderung in der Richtung der Selbstverwaltung den Verwaltungsbetrieb verbilligen. Die Arbeit wird nicht weniger, die Methoden ihrer Ausführung werden nicht besser. Dem Kreise, dem Provinzialverband erwachsen die Kosten, die der Staat vielleicht spart, die Summe bleibt gleich.

Deshalb verfehlt die Behandlung des Verwaltungsproblems ein Gegenwartsziel, das nicht übersehen werden darf, wenn sie an der Frage vorbeigeht: Wie kann, unabhängig von weitschauenden Organisationsplänen, die Verwaltung unmittelbar verbilligt werden? Wer die Verhältnisse einigermaßen übersieht, der weiß, daß diese Frage identisch ist mit der Frage: „Wie kann Verwaltungsarbeit gespart, oder wie kann sie produktiver gestaltet werden?" Denn daß sich an den Vergütungen der Beamten und Angestellten nichts abzwacken läßt, bedarf keiner Begründung, und auch bei Versuchen zur weiteren Ermäßigung der sachlichen Amtsunkosten wird nicht mehr viel herausspringen.

Zur Untersuchung dieser Fragen gibt es wissenschaftlich begründete, in Industrie und Handel schon mit großem Erfolg angewendete Methoden. Ihr Wesen ist, daß sie jedem Arbeitsvorgang genau auf den Grund gehen; prüfen, ob er überhaupt nötig ist, ob er an der richtigen Stelle, im richtigen Zusammenhang, mit den am besten geeigneten Menschen und Hilfsmitteln ausgeführt wird. Diese Prüfung kann durch kein Organisationsschema ersetzt werden. Sie erfordert viel Mühe und Kleinarbeit, die nach einem sorgfältigen Plane geleistet werden muß. Man braucht dazu Sachverständige für alle Zusammenhänge der Verwaltungsarbeit. Die unteren und mittleren Beamten müssen ebenso zu Wort kommen, wie die zahlreichen heute mit der Verwaltung nur durch gutachtliche Tätigkeit verbundenen Behörden und Organe. Vor allem müssen aber auch die Erfahrungen und Wünsche der Verbraucher der Verwaltungsarbeit, insbesondere der werktätigen Kreise der Bevölkerung, nutzbar gemacht und berücksichtigt werden. Eine solche Prüfung wird bei voraussetzungsloser Durchführung überraschende Ergebnisse liefern, die freilich nicht von heute auf morgen reifen. Es handelt sich, wie gesagt, um mühselige Kleinarbeit, die vielleicht gerade ihrer Schwierigkeit und scheinbaren Kleinlichkeit wegen bisher umgangen wurde. Die heutige Verwaltungsart und der harte Zwang zu sparsamster und wirksamster Verwendung öffentlicher Mittel machen es jetzt zur gebieterischen Pflicht für alle Beteiligten, diese Prüfung und die fortschreitende Verwertung ihrer Ergebnisse nicht länger hinauszuschieben. Es muß sofort begonnen werden.

Dieses „Muß" mit allem Nachdruck zu betonen, ist der Zweck dieser Zeilen.

*) In dem Buche „Eintritt der erfahrungswissenschaftlichen Intelligenz in die Verwaltung" unter Mitwirkung mit andern herausgegeben von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Eckert, Studiendirektor der Handelshochschule und der Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung in Köln a. Rh. (Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart). 1919.

Badischer Landtag.

Die neue Gemeindeordnung.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter).

Der Landtagsausschuß für Rechtspflege und Verwaltung führte am Freitag nachmittag und am Samstag vormittag die zweite Lesung des Abschnitts über die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden in der neuen Gemeindeordnung zu Ende. Es wurde dabei eine übersichtlichere und nach Möglichkeit erschöpfende Neufassung der Bestimmungen über die Zuruhesetzung der Bürgermeister und besoldeten Gemeinderäte sowie über deren Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung vorgenommen. Zur Beseitigung von Mängeln, die in der Praxis, zuletzt anläßlich des Ablebens des bekannten Mannheimer Industriellen Stadtrats Engelhard, fühlbar geworden sind, wurde auf demokratische Anregung hin ein Zusatz eingefügt, wonach es zulässig ist, daß im Falle des Ausscheidens eines Gemeinderats oder Gemeindeverordneten die zunächst berufenen Ersatzleute für den einzelnen Fall zugunsten eines nachfolgenden Ersatzmanns oder zugunsten der Wahl des Ersatzmanns durch die Gemeindeverordneten zurücktreten. Auf Antrag der Koalitionsparteien wurde beschlossen, daß Gemeindeverordnete, die als Folge ihrer Teilnahme an den Sitzungen oder sonstiger dienstlicher Verrichtungen einen Ausfall an Lohn oder Verdienst nachweisen, hierfür Ersatz erhalten. Bei Beratungen im Gemeinderat und Beschlußfassung über Angelegenheiten der Volksschule und der Armenpflege sollen, nach einem mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten und des deutschnationalen Vertreters gefaßten Beschluß, je ein Geistlicher der in der Gemeinde vertretenen anerkannten kirchlichen oder religiösen Gemeinschaften, in Schulangelegenheiten außerdem der Schularzt, wo ein solcher bestellt ist und der erste Lehrer und wo mehrere Volksschulen bestehen, ein Lehrer, wo höhere Schulen bestehen, auch Vertreter dieser, in Armenangelegenheiten der Armenarzt, wo ein solcher bestellt ist, und der Beamte, dem die Verwaltung der Polizei übertragen ist, in Angelegenheiten der Gesundheitspflege auch mindestens ein Arzt, sofern ein solcher in der Gemeinde wohnt, mit beratender Stimme beigezogen werden. Das Nähere soll die Gemeindesatzung bestimmen. Wo für die vorbezeichneten Angelegenheiten besondere beschließende Ausschüsse gebildet sind, nehmen die vorgenannten Personen nach näherer Bestimmung der Gemeindesatzung nur an den Beratungen der Ausschüsse, aber mit vollem Stimmrecht teil. Bei der Bildung der beschließenden und beratenden Ausschüsse sollen, wie gemäß einem demokratischen Antrag beschlossen wurde, die im Bürgerausschuß bestehenden Gruppen entsprechend berücksichtigt werden.

Das Kostengesetz.

Der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung hat sich auch mit dem Gesetzentwurf über die Aenderung des § 122 des badischen Kostengesetzes befaßt. Berichterstatter ist Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.). Durch das neue Gesetz wird eine Anpassung an das bestehende Reichsgerichtskostengesetz bezweckt. Die Schreibgebühr wird künftig von bisher 80 Pfg. für die erste Seite und 20 Pfg. für jede weitere Seite auf 2.40 Mk. bezw. 80 Pfennig erhöht. Der Ausschuß genehmigte das Gesetz.

Badische Politik.

Landwirtschaftskammerwahlen.

Auf das Schreiben des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins über ein Zusammengehen der landwirtschaftlichen Körperschaften bei den Landwirtschaftskammerwahlen, dessen Inhalt wir vor einigen Tagen mitgeteilt haben, hat der Vorstand des Badischen Bauernvereins beschlossen zu antworten, daß er in Verhandlungen hierüber einzutreten bereit ist.

Gesellschaft für staatswissenschaftliche Fortbildung.

In den am Montag beginnenden Kursen wird Prof. Dr. Hellpach die Psychotechnik in einem fünfstündigen Kursus behandeln, so daß auch diese neue wichtige wissenschaftliche Richtung, die die Verbindung von Psychologie und Wirtschaft herstellt und mannigfaltige Anwendung findet, durch einen an ihrer Ausbildung besonders beteiligten Forscher zu Worte kommen wird. Die Vorlesungen von Professor Graf Dohna und Professor Dochow werden umgestellt; Graf Dohna wird in der ersten und Professor Dochow in der zweiten Woche zu den gleichen Stunden sprechen.

Aus den Parteien.

Die demokratische Jugendgruppe Weinheim

veranstaltete im „Grünen Baum" den ersten öffentlichen Jugendtag. Nach der Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden Kromer hielt Otto Stündt aus Nürnberg einen Vortrag über „Die Jungen in der Politik". Die 1½stündigen geistvollen Ausführungen, die in der Hochhebung der Ideale der nationalsozialen Ideen Naumannscher Richtung gipfelten und die Notwendigkeit der Heranziehung zu ausgeprägten Persönlichkeiten betonten, fanden großen Beifall. In der anschließenden Aussprache sprach der Vorsitzende des unterbadischen Verbandes demokratischer Jugendvereinigungen, Redakteur Holbach Herrn Stündt den Dank aus.

Aus Baden.

Die Volkszählung vom 8. Oktober 1919.

Bemerkenswert ist, daß die Wohnbevölkerung in Baden in 1588 Gemeinden (131 Stadt- und 1457 Landgemeinden) 2 195 580 Personen beträgt. Hinsichtlich der Bevölkerungsgröße steht Baden an fünfter Stelle unter den deutschen Gliedstaaten. Sein Anteil an der Reichsbevölkerung (60 282 202) macht 3,6 Proz. aus. Von den vier Landeskommissarbezirken ist Mannheim mit 667 594 Personen der größte, auf den Landeskommissarbezirk Karlsruhe entfallen 623 695, auf Freiburg 560 505 und auf Konstanz 333 785 Personen. Unter den 53 Amtsbezirken steht Mannheim an erster Stelle mit 252 340 Einwohnern, während der Amtsbezirk St. Blasien mit einer Wohnbevölkerung von 9870 Personen die kleinste Bevölkerungsziffer aufweist.

Die größte Gemeinde in Baden ist die Stadt Mannheim mit einer Wohnbevölkerung von 231 425 Personen, die kleinste Neuenburg im Amtsbezirk Donaueschingen mit einer solchen von 43 Personen. Die Bevölkerungsdichtigkeit für das ganze Land betrug 145,7 Personen. Schließlich kann noch festgestellt werden, daß die Gesamtbevölkerung von 2 195 580 Personen sich auf 503 307 Haushaltungen verteilt, so daß auf eine Haushaltung in Baden durchschnittlich 4,4 Personen entfallen.

Das Brandunglück in Sunthausen.

Bei der in Sunthausen abgehaltenen Besprechung der mit dem Wiederaufbau befaßten Behörden und den Brandgeschädigten war jedem, dessen Anwesen durch den Brand vernichtet wurde, Gelegenheit gegeben, seine Wünsche vorzubringen. Es zeigte sich, daß der Schaden sowohl an Gebäuden als auch an Fahrnissen die erste Schätzung bei weitem übersteigt. Die Wiederaufbaukosten der Gebäude werden nach der Versicherungstabelle allein etwa 5 Millionen Mark betragen. Wie hoch dagegen der Fahrnisschaden ist, läßt sich noch nicht mit Sicherheit übersehen. Kaum ein Brandgeschädigter ist mit seiner Habe vollversichert. Die Hilfsaktion ist in vollem Gange. Eine Anzahl Gaben ist bereits eingetroffen und wird durch den örtlichen Hilfsausschuß zur Verteilung gelangen. Auch von auswärts steht Hilfe in Aussicht. Da einige Baustellen, um Raum zu gewinnen, verlegt werden müssen, werden die Verhandlungen in den nächsten Tagen fortgesetzt. Zwei Kommissionen sind mit der Abschätzung der Gebäudeschäden beauftragt. Sie haben ihre Tätigkeit bereits begonnen. Zur Verhütung von Unglücksfällen wurden einige gefahrdrohende Kamine umgelegt. Auch wurde der Giebel des völlig ausgebrannten Pfarrhauses durch Sprengung beseitigt.

Der Gesamtvorstand des Bad. Landwirtschaftlichen Vereins hat für die Brandbeschädigten als erste Hilfe 5000 Mk. bewilligt. Er ersucht die Vereinsleitungen, die Sammlung für die Brandgeschädigten auf das tatkräftigste zu unterstützen, nötigenfalls die Sammlung selbst anzuregen und durchzuführen und die gesammelten Gaben durch die Vermittlung des Bürgermeisteramts oder der bereits errichteten Sammelstelle an den Hilfsausschuß in Donaueschingen oder unmittelbar an das Bürgermeisteramt Sunthausen einzusenden. Der Vorstand ist überzeugt, daß auch die Vereinsmitglieder des Bad. Landw. Vereins gerne bereit sein werden, durch Gaben aller Art die große Not der vielen in so schweres Unglück geratenen Familien lindern zu helfen.

)!(**Malsch**, b. Ettlingen, 9. April. Durch Feuer wurden die beiden Wohnhäuser der Bahnarbeiter Johann Kraft und Eduard Müller vollständig eingeäschert. Außer dem Viehbestand konnte nicht das Geringste gerettet werden.

w. **Karlsdorf**, 9. April. Drei 9- und 10jährige Knaben wollten am Ausgange des Dorfes Stumpen sprengen. Bei der erfolgten Explosion erlitt der eine schwere, die beiden anderen leichtere Verletzungen.

× **Mannheim**, 9. April. Der Reichsverband für Erfindungswesen Mannheim mit seinen 62 Ortsgruppen in Deutschland veranstaltet anläßlich seines 1. Verbandstags hier vom 28. April bis 3. Mai eine Erfindungsmesse verbunden mit einer Ausstellung der neuesten Erfindungen auf allen Gebieten der Technik und Volkswirtschaft.

× **Heidelberg**, 9. April. Die Mutter des Kindes, dessen Leiche im Januar im Neckar gefunden worden war, hat sich im Bodensee das Leben genommen. Es handelt sich um ein junges Mädchen aus Freiburg. — Die 77jährige alleinstehende Witwe Elisabeth Lauer vom Stadtteil Kirchheim hat den Verbrennungstod erlitten. Als sie Feuer anzünden wollte, gerieten ihre Kleider in Brand und die Frau erlitt ein schreckliches Ende.

× **Heidelberg**, 9. April. Einer der bekanntesten deutschen Baukünstler, der auch in Baden manches bedeutende Werk geschaffen hat, Oberbaurat a. D. Hermann Behaghel ist in Leipzig im 83. Lebensjahr gestorben. Seine Asche wird nach der in Leipzig erfolgten Einäscherung hier in Heidelberg beigesetzt werden. Hermann Behaghel war geborener Badener, und zwar hatte er in Mannheim das Licht der Welt erblickt. Er wurde im Jahre 1869 zum evangelischen Kirchenbauinspektor in Heidelberg, 1891 zum Baurat, 1903 zum Mitglied der Ministerialkommission für das Hochbauwesen und 1908 zum Oberbaurat ernannt. Vor 7 Jahren ist er in den Ruhestand getreten. Als Leiter der evangelischen Kirchenbauinspektion in Heidelberg hatte er eine Reihe evangelischer Gotteshäuser im Bezirk geschaffen, so in Rappenau, Friedrichsfeld, Hockenheim, Handschuhsheim, Schlierbach und hier in Heidelberg die Christuskirche; auch verschiedene weltliche Bauten stammen von ihm.

- **Heidelberg**, 9. April. In furchtbarer Weise verübte ein in Käsertal wohnhafter Landwirt Selbstmord. Er schnitt sich zuerst mit einem Rasiermesser den Unterleib auf und erhängte sich dann.

× **Epfenbach** Amt Neckarbischofsheim, 9. April. Der Deutsch-Amerikaner Bergdoll ersteigerte für 11 400 Mk. die hiesige Gemeindejagd, die früher 1400 Mk. gekostet hat. Bergdoll ist bekannt durch die Eberbacher Entführungsangelegenheit.

w. **Kehl**, 9. April. Hier wurde nun die Leiche des am 4. November mit dem Fuhrwerk im Rhein verunglückten 19-jährigen Landwirts Friedrich Wilhelm Schütterle gelandet.

× **Altenheim** bei Lahr, 9. April. In einer der letzten Nächte drangen Einbrecher in das hiesige Rathaus und schweiften in den in der Sparkasse befindlichen Geldschrank ein großes Loch, aus dem sie Wertpapiere, zum Teil Staatsanleihen im Wert von einer Million Mark stahlen. Die Täter sind noch unbekannt; ein Polizeihund konnte ihre Spur ein Stück Wegs verfolgen.

w. **Müllheim**, 9. April. An Pfingsten findet hier das Bundesfest des Badischen Stenographenbundes Stolze-Schrey statt. Es werden etwa 400 Teilnehmer erwartet.

w. **Donaueschingen**, 9. April. Am 5. Mai findet eine Tagung des Badischen Bundes Deutscher Jäger statt, zu der ungefähr 250 Personen erwartet werden.

w. **Konstanz**, 9. April. (Eig. Drahtber.) Der Bayerische Luftlloyd beginnt mit seinem regelmäßigen Luftpostverkehr München—Konstanz am Montag, 11. April. — Bei den Gewerbegerichtswahlen hatten die Arbeitgeber nur eine Liste aufgestellt. Nach dem jetzt vorliegenden amtlichen Ergebnis erhalten auf Grund der Wahlen der Arbeitnehmer zum Gewerbegericht die freien Gewerkschaften 4 Sitze und die christlichen Gewerkschaften 2 Sitze. — Bei den Kaufmannsgerichtswahlen hatten die Angestellten wie die Prinzipale eine einheitliche Liste aufgestellt.

w. **Konstanz**, 9. April. Die badischen Männerhilfsvereine halten am 30. April und 1. Mai hier einen Vertretertag ab. — Am 18. Mai findet der Verbandstag des Badischen Gastwirteverbandes in unseren Mauern statt.

w. **Vom Schwarzwald**, 9. April. In der Nacht vom 6. zum 7. April ist auf den Schwarzwaldhöhen Schnee gefallen.

w. **Vom Schwarzwald**, 9. April. Ab 1. Mai soll eine tägliche Autoverbindung von St. Georgen nach Schramberg eingerichtet werden. Die Fahrt ginge durch das wildromantische Berneckta l. — Ab 9. April verkehrt wöchentlich einmal ein Lastkraftwagen für den Frachtverkehr zwischen Freiburg (Münsterplatz) und St. Märgen.

w. **Vom Bodensee**, 9. April. In Langenargen wurde durch einen Fischer die Leiche eines 40jährigen Mannes aus dem See gezogen. Aus den aufgefundenen Papieren zu schließen, handelt es sich um einen Gärtner namens Christian Doller. Anscheinend liegt Selbstmord vor.

Meine Damen!

Nach Überwindung aller Hemmungen bringen wir unser bewährtes

Carlsbader Kaffeegewürz

wieder in der beliebten

Würfelpackung.

Zur Streckung des teuren Bohnenkaffees ist es heute unentbehrlich. Eine Zugabe davon erhöht den Wohlgeschmack und kräftigt Duft und Farbe des Getränkes.

Sie finden unsere Marke in jedem besseren Geschäft in der Ausstattung des ehemaligen 50 Pfg.-Päckchens zum Preise von M. 2.40.

Verlangen Sie die bekannte Würfelpackung mit der Krone.

Otto E. Weber
Radebeul-Dresden.

Aus Nachbarländern.

m. **Wörth a. Rhein**, 9. April. Als ein hiesiger Landwirt morgens in den Stall kam, fand er seine beiden Kühe erstickt vor. Ruchlose Hände hatten die Halsketten der beiden Tiere ineinander verschlungen und so den Tod der wertvollen Tiere herbeigeführt. Da es sich um einen Racheakt handeln soll, sind bereits Verhaftungen erfolgt.

m. **Hagenbach am Rhein**, 9. April. In dem Anwesen des Landwirts A. Zancker brach auf bisher unaufgeklärte Weise ein Brand aus, der die Hintergebäude mit Futter und Holzvorräte vernichtete. Durch die schnelle Hilfeleistung der Einwohner konnte ein größeres Unglück verhütet werden.

Aus dem Stadtkreise.

Die Wetterlage.

(Mitgeteilt von der Badischen Landeswetterwarte am 8. April 1921).

Zu Beginn des Monats wurde Süddeutschland von einem über Osteuropa lagernden Hochdruckgebiet beherrscht, in dessen Bereich bei leichten östlichen Luftströmungen heiteres Wetter herrschte, das die Einstrahlung und Erwärmung begünstigte. Die Tagestemperaturen stiegen daher in der Rheinebene teilweise auf 21 bis 22° und auch im Hochschwarzwald gingen sie über 10°. Am 4. April aber bereitete sich ein Witterungswechsel vor, der von einem starken Kälterückfall gefolgt ist, der heute noch andauert. Ein vom Ozean vordringendes Hochdruckgebiet in Verbindung mit einer tiefen Depression über Nordeuropa überflutete plötzlich das Festland mit einer Kältewelle aus hohen Breiten, die unter Gewitterbildung sich ausbreitete. Die Gewitterbildung begann in Baden am 4. gegen Mittag und erreichte ihren Höhenpunkt zwischen 4 und 6 Uhr abends. Aus allen Teilen Badens wurden an diesem Tage stellenweise Gewitter gemeldet. Darauf folgte ein starker Temperatursturz, der sich zu großen Höhen der Atmosphäre erstreckte. Ueber der Drachenstation Friedrichshafen am Bodensee sank die Temperatur in 3000 m Höhe von —3° am 4. auf —13° am 6. Ebenso hatte der Hochschwarzwald einen starken Temperaturrückgang, und stellenweise fiel dort am 6. wieder eine leichte Schneedecke. Neuerdings hat sich das Hochdruckgebiet, in dem Barometerstände von über 780 mm herrschen, über Skandinavien festgelegt, und überflutet fortgesetzt Mitteleuropa mit kalten, aus hohen Breiten stammenden Luftmassen. Es wird sich nur langsam ostwärts und südwärts ausbreiten, sodaß zunächst das sehr kühle Wetter noch einige Tage anhalten, dann aber wieder langsame Erwärmung einsetzen wird. Wesentliche Niederschläge sind in der nächsten Zeit nicht zu erwarten.

Ueber die Sonnenfinsternis am Freitag schreibt man uns noch: Die Sonnenfinsternis, bei der die Sonnenscheibe fast zu acht Zehntel verfinstert wurde, war nicht sehr vom Wetter begünstigt, da der Himmel teilweise bewölkt war, doch boten sich immerhin günstige Augenblicke genug, um die interessante Erscheinung mit einfachen Mitteln zu beobachten. Besonders eindrucksvoll war die fahle Beleuchtung während der Verfinsterung und die eigentümliche graue Tönung der vorher blendend weißen hohen Wolken. Diese ungewohnten Beleuchtungseffekte können nur bei Sonnenfinsternissen beobachtet werden. Für den Meteorologen bietet eine Verfinsterung der Sonne nicht allzu viel Interessantes, da der Einfluß der Erscheinung auf die Witterungsvorgänge nicht groß ist. Am meisten wirkt eine Sonnenfinsternis natürlich auf die Strahlung der Sonne, da die Wärmeeinstrahlung auf die Erde entsprechend dem Grade der Bedeckung der Sonnenscheibe ist. Es sind hierüber genaue Messungen angestellt worden, die keine überraschenden Ergebnisse gezeitigt haben. Es mag nun erwähnt werden, daß man durch Beobachtungen bei Sonnenfinsternissen gefunden hat, daß die Wärmestrahlung der verschiedenen Teile der Sonnenscheibe nicht gleich ist, sondern daß die zentralen Teile mehr Strahlung aussenden als die peripherischen. Mit der Strahlung hängt der Einfluß der Sonnenfinsternis auf die Temperatur der Luft zusammen. Da die unteren Luftschichten ihre Wärme wieder von dem durch Strahlung erwärmten Erdboden erhalten, muß auch zur Zeit der Verfinsterung die Temperatur der untersten Luftschichten sinken. Genaue Beobachtungen haben gezeigt, daß die Temperaturerniedrigung bei der Verfinsterung 2—3 Grad betragen kann. Besonders gut war dieser Temperaturrückgang bei der Sonnenfinsternis im April 1912 zu beobachten, bei der neun Zehntel der Sonne verfinstert waren. Damals waren die Witterungsverhältnisse besonders günstig. Außerdem beobachtet man bei Sonnenfinsternissen häufig die Erscheinung, daß, bei sonst gutem, heiterm Wetter, der Wind bei beginnender Verfinsterung abflaut. Diese Abnahme des Windes kann 4—5 Meter per Sekunde betragen. Man hat früher sogar vermutet, daß durch Vorübergang des Schattenbandes über die Erdoberfläche und die damit verbundene Abkühlung eine viel größere Wirkung auf die Windverhältnisse zustande käme und sich besondere Windsysteme bilden könnten. Aber genaue Untersuchungen, die in besonders großem Maßstabe in Nordamerika angestellt wurden, haben einen solchen Einfluß nicht bestätigt, wie man auch keinen Einfluß auf den Gang des Barometers hat feststellen können. P.

Am gestrigen Todestage Joseph Viktor von Scheffels hat die „Scheffelgemeinde auf dem Hohentwiel" durch Vermittlung der hiesigen Stadtverwaltung einen Kranz in den Landesfarben und mit der Aufschrift: „Unserm geliebten Dichter Josefus in treuem Andenken, Scheffelgemeinde auf dem Hohentwiel 9. 4. 21." am Grabe des Dichters niederlegen lassen.

Falsche Reichsbanknoten zu 1000 Mark. Von der Ende Juli v. Js. durch die Tagespresse bekannt gegebenen Fälschung der Reichsbanknoten zu 1000 Mark vom 21. 4. 1910 kommen in letzter Zeit häufiger Exemplare vor, deren Kennzeichen deshalb nachstehend in Erinnerung gebracht werden: Die Falschstücke sind unter Zuhilfenahme der Photographie im Lichtdruck hergestellt und daher in ihrem Aussehen einer Photographie ähnlich. Trotz getreuer Wiedergabe treten die Einzelheiten der Zeichnung nicht in der Schärfe echter Noten hervor. Das Papier ist in Stärke und Griff abweichend. Der sonst eingewirkte Faserstreifen ist durch aufgestreute und scharf angepreßte gefärbte Fasern, teilweise auch durch Aufdruck einer grünlichen, verlaufenden Tönung mit eingezeichneten Strichen (Fasern darstellend) vorgetäuscht. Unter den Faserstreifen sind Spuren von Farbstoffübertragungen (bläulich gefärbt) sichtbar. Nummern und Stempel sind in gelblich grüner und auch roter Färbung aufgebracht. Die Stempel, teilweise von auffallend geringer Färbung, zeigen außerdem ein von den echten abweichendes Bild des Adlers. Das Reichsbank-Direktorium warnt vor Annahme obiger Nachbildungen, die bei einiger Aufmerksamkeit nicht übersehen werden können, und empfiehlt dem Publikum erneut, zur Vermeidung von Verlusten und zur Selbsthilfe gegen Annahme von Falschstücken sich das Bild der echten Noten anzusehen und einzuprägen.

Einkommen- und Kapitalertragsteuer-Erklärungen. Die Frist für die Einreichung der Einkommen- und Kapitalertragsteuer-Erklärungen ist bis zum 15. April verlängert worden.

Eisenbahnverkehrssperre. Die Annahmesperre für Eil- und Frachtstückgüter nach den Bahnhöfen der Stadt Frankfurt/Main ist aufgehoben.

Postsendungen mit Reklameaufdrucken. Die Postbehörde teilt uns mit: In letzter Zeit haben sich in verschiedenen Orten Unternehmungen aufgetan, die gewerbsmäßig Reklamen sammeln, Briefumschläge, Kartenbriefe oder Karten damit bedrucken oder bedrucken lassen und sie zu ermäßigtem Preis an beliebige Abnehmer vertreiben, damit diese sie zu Versendungen mit der Post unter der Aufschrift bestimmter Empfänger benutzen sollen. Dieses Verfahren ist nach den postgesetzlichen Vorschriften und nach der Postordnung nicht angängig. Dem gewerbsmäßigen Sammeln oder Verteilen solcher Gegenstände und ihrer Versendung mit der Post unter der Aufschrift bestimmter Empfänger stehen Artikel 3 der Postgesetznovelle vom 20. Dezember 1899 und Paragraph 1 des Reichspostgesetzes, betreffend den Postzwang, entgegen. Die Postordnung geht im Paragraph 3 davon aus, daß nur der Absender Angaben und Abbildungen auf Briefsendungen anbringen darf, und schließt in Paragraph 5 Sendungen von der Postbeförderung aus, deren Außenseite oder sichtbarer Inhalt gegen die Gesetze verstößt. Die Postanstalten sind ausnahmsweise ermächtigt worden, bereits hergestellte Briefumschläge, Kartenbriefe und Postkarten dieser Art noch bis spätestens 1. Juli 1921 unbeanstandet zur Beförderung zuzulassen, wenn sie sonst den postdienstlichen Anforderungen entsprechen.

Leichenländung. Gestern früh 7 Uhr wurde am Mittelbecken des hiesigen Rheinhafens eine männliche Leiche geländet. Der Tote ist etwa 40 Jahre alt und bekleidet mit einem Ueberzieher, der das Monogramm M. G. trägt.

Ein Kaminbrand entstand Freitag nachmittag in einem Hause der Gottesauerstraße vermutlich durch Entzündung von Ruß. Das Feuer, durch das kein Schaden verursacht wurde, konnte von der Feuerwache gelöscht werden.

Verhaftet wurde ein Dienstmädchen, das wegen Diebstahls zur Verhaftung ausgeschrieben war, ein Knecht, der aus einer Gefangenenanstalt entwichen war, ein polnischer Arbeiter wegen Paßvergehens und ein Metzger, der von der Staatsanwaltschaft Heidelberg wegen Diebstahls gesucht wurde.

Chronik der Vereine.

Gartenbauverein. Am Mittwoch abend hatte der Verein seine Mitglieder zu einer Monatsversammlung in den Saal III der Brauerei Schrempp eingeladen. Der 1. Vorsitzende machte Mitteilungen über die in diesem Jahre erstmals wieder beabsichtigte Prämiierung von gärtnerisch hübsch geschmückten Fenstern und Balkonen und über eine im September in Aussicht genommene größere Gartenbauausstellung. Sodann hielt Obstbauinspektor Thiem von der Landwirtschaftsschule Augustenberg einen Vortrag über die „Gartenarbeiten im Frühjahr". Die zeitgemäßen eingehenden fachkundigen Ausführungen fanden aufmerksame Zuhörer. Die übliche Gratis-Pflanzenverlosung unter die zahlreich Erschienenen, beschloß den anregenden Vereinsabend.

Veranstaltungen.

Instrumentalverein Karlsruhe. Das 3. Volkskonzert findet Samstag den 7. Mai in der Festhalle statt und ist in erster Linie für die breitesten Schichten der werktätigen Bevölkerung gedacht. Zur Aufführung gelangen nur auserwählte Werke unserer besten deutschen Meister. Es sollen in erster Linie Vorzugskarten, deren Vertrieb auch diesmal der Verein Volksbildung übernommen hat, an Gewerkschaften, Angestellte, Beamtenverbände, Bildungsvereine und Unterrichtsanstalten abgegeben und erst der etwa verbleibende Rest dem öffentlichen Verkauf überlassen werden.

Das Weltpanorama zeigt in einem neuen Programm eine interessante Wanderung in Mexiko. Der Zuschauer bekommt einen guten Einblick in das Leben und Treiben der Bevölkerung in Mexiko, in die landschaftlichen Szenerien und die baulichen Sehenswürdigkeiten.

Standesbuch-Auszüge.

Eheschließungen. 9. April: Karl Schnellbach von hier, Kaufm. hier, mit Elisabeth Stockinger von Altenbeuern; Leo Bruder von Ottenhöfen, Hauptlehrer in Kuppenheim, mit Emilie Weick von hier; Alfred Dürr von hier, Zeichner hier, mit Magdalena Häfner von Schweinberg; Karl Semmler von Durlach, Schlosser allda, mit Wilhelmine Kurz von Grötzingen; Adam Neff von Asbach, städt. Tagl. hier, mit Emilie Chavanne von Thann; Ernst Haller von Michelau, Schuhm. hier, mit Maria Luz von Stenchin; Max Kreuter von Saalfeld, Elektrowerkmstr. in Durmersheim, mit Elise Hartmann von hier; Hugo Pallmer von hier, Kaufm. hier, mit Rosa Just von hier; Georg Hust von hier, Schlosser hier, mit Paula Rummler von Durlach; Albert Stoll von hier, Installateur hier, mit Emilie Hof von Grötzingen; Max Geigle von hier, Gütterarb. hier, mit Frieda Lutz von hier; Karl Buck von hier, Schlosser hier, mit Christine Rupp von Langensteinbach; Wilhelm Künstlin von Basel, Bahnarb. hier, mit Mina Mann von hier; Karl Schulze von Osterwiek, pr. Tierarzt allda, mit Elise Dietrich von hier; Heinrich Höfele von hier, Schlosser hier, mit Margareta Minzinger von hier; Eugen Müller von hier, Hafner hier, mit Berta Geist von Grötzingen; Sebastian Storck von Neuthard, Masch.-Arb. hier, mit Mina Gutekunst von hier; Paul Biallas von hier, Friseur in Durlach, mit Sofie Abendschön von Mannheim; Wilhelm Bruder von Seebach, Weichenwärter hier, mit Christine Armbruster von Fautenbach; Emil Bischoff von Mannheim, Bildhauer hier, mit Elisabeth Hirt von hier.

Todesfälle. 8. April: Julie Klein, alt 70 Jahre, Witwe von Otto Klein, Architekt; Ludwig Thümling, ledig, Privat, alt 75 Jahre. — 9. April: Lina Rösch, alt 54 Jahre, Witwe von Ludwig Rösch, Bahnarbeiter.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Montag, 11. April, 10 Uhr: Ludwig Thümling, Privatier, Stefanienstr. 98. — 11 Uhr: Frieda Kung, Stadtarbeiters-Ehefrau, Schützenstraße 92. — ½3 Uhr: Julie Klein, Architekts-Witwe, Karlstr. 96 (Feuerbestattung). — 3 Uhr: Lina Rösch, Bahnarb.-Witwe, Zähringerstr. 4.

Aus alten Karlsruher Turnertagen.

Zum 75jährigen Jubiläum des K.T.V. 46.

—e. Der Karlsruher Turnverein 1846 rüstet sich zur Feier seines 75jährigen Bestehens; da geziemt es sich wohl, einen Rückblick zu werfen auf die ersten Anfänge des turnerischen Lebens in Karlsruhe und damit auf die Gründungsgeschichte und den Werdegang des Vereins, der heute turnerisch sowohl als auch gesellschaftlich auf beachtenswerter Höhe steht und zu den leistungsfähigsten Vereinen des 10. deutschen Turnkreises zählt.

Es ist ein langer arbeitsreicher Weg, den der Verein zurückgelegt hat und unzählige Erinnerungsdenkmäler und Marksteine schmücken seine Straße. Schon im Jahre 1836 soll in Karlsruhe ein Turnverein bestanden haben; doch geben die vorhandenen Akten und Protokolle keinen genaueren Aufschluß hierüber. Vermutlich hat er, weil das Turnen damals noch verboten war, nur ganz in der Stille gearbeitet und ist wieder eingegangen. Nach Aufhebung der Turnsperre im Jahre 1842 nahm das Turnen an vielen Orten einen vorübergehenden Aufschwung und fand auch in Süddeutschland Eingang.

In Karlsruhe fanden sich, wie aus den alten Vereinsakten ermittelt werden konnte, am 16. Januar 1846 eine Anzahl für die Turnsache begeisterter Männer zusammen und gründeten den „Allgemeinen Turnverein". Die erfolgte Gründung wurde dem Polizeiamt Karlsruhe unter Bekanntgabe der Satzungen mit Brief vom 29. Januar 1846 angezeigt. Man muß diesen wackeren Männern heute noch das Zeugnis ausstellen, daß sie eine rührige Werbearbeit für ihre Ideale und für die von ihnen gegründete Turnstätte entfalteten; zu Ende des Jahres 1847 hatte der Verein bereits 457 Mitglieder aus allen Ständen, für die damaligen kleinstädtischen Verhältnisse von Karlsruhe eine ganz erstaunliche Zahl. Freilich war auch die Möglichkeit, für die Turnsache Mitglieder zu werben, ziemlich günstig; wer etwas für seine Gesundheit tun und Leibesübung (das Wort existierte damals noch nicht!) treiben wollte, ging eben in den Turnverein. Man wußte nicht weiter; es gab noch keine Fußball-, Schwimm-, Ruder-, Athleten-, Radfahrvereine usw. Der damalige Turnrat setzte sich wie folgt zusammen: Vorstand: Architekt Müller, Turnwart: Konstrukteur Thissen, Schriftwart: Stenograph Wiest, Kassier: Werkführer Tridant, Zeugwart: Polytechniker Breitenbach, Beisitzer: Architekt Wettstein und Ingenieurpraktikant Schott. Als Ersatzleute waren gewählt: Polytechniker Abel und Buchbinder Ehrhardt. Von diesen Männern sind sicher noch Nachkommen vorhanden und hier wohnhaft.

Neben der turnerischen Ausbildung seiner Mitglieder interessierte der Allgemeine Turnverein diese auch für das Löschwesen und hielt regelmäßige Uebungen ab. Nach dem Brande im Hardtwalde im Juli 1846, bei dessen Bewältigung der Mangel einer geschulten Mannschaft lebhaft empfunden wurde, erbot sich der Turnverein, sich künftig am Löschen zu beteiligen. Die Stadt überließ ihm darauf zwei Spritzen, für die der Verein die erforderlichen Mannschaften aus seinen Mitgliedern stellte und ausbildete. Wiederholte Proben, welche die Turner ablegten, bewiesen ihren Eifer und die Tüchtigkeit ihrer Leistungen. Im März 1847 erschien im „Tagblatt" ein Aufruf zur Gründung einer freiwilligen Feuerwehr; bei deren Bildung traten ihr sofort 160 Mitglieder des Turnvereins bei; damit war der Turnerfeuerwehr ein Ende bereitet. Immerhin darf der Turnverein das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die erste Feuerwehr gebildet zu haben.

Gerichtssaal.

Karlsruher Schwurgericht.

§§ **Karlsruhe**, 11. April. Wie wir schon mitgeteilt haben, wird die Sitzungsperiode des Schwurgerichts beim hiesigen Landgerichte am Montag vormittag beginnen. Am ersten Tage der Sitzungsperiode wird verhandelt werden über folgende Anklagen: Gegen den Säger Franz Josef Schneider aus Urbach wegen Schändung und Blutschande (Verteidiger Rechtsanwalt Dibold) und gegen die Dienstmaad Therese Bretzinger aus Bruchhausen wegen Kindestötung (Verteidiger Rechtsanwalt Dibold), nachmittags gegen die Polizeiuse Anna Maria Scheuerer wegen Meineids und Abgabe falscher Versicherungen an Eidesstatt (Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Ziegler).

§§ **Karlsruhe**, 8. April. Sitzung der 1. Strafkammer. Vorsitzender Landgerichtsrat Dr. Kölle, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Rönnberg. — Der Schlosser Wilhelm Reinhard Gänzle aus Pforzheim stahl hier in der Karlstraße bei seinem Verhältnis zwei Uhren, die er verkaufte. Er erhielt unter Einrechnung seiner früheren Strafen wegen schweren Diebstahls eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis. — Die Dienstmaad Anna Kraus aus Grötzingen entwendete ihrer Dienstherrschaft Leibwäsche, Bettwäsche und Geld von größerem Werte. Sie erhielt wegen erschwertem Diebstahls eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten, abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft. — Der Angeklagte Eugen Meßner aus Grünwinkel beteiligte sich im September vorigen Jahres an einem Diebstahl von Eisen bei einem hiesigen Fuhrunternehmer. Die gestohlene Ware hatte einen Wert von etwa 700 Mk. Als er aber mit seinen zwei Komplizen wegfahren wollte, wurden sie von dem Fuhrhalter verfolgt und mußten den Wagen, auf dem sie das Eisen fortschaffen wollten, im Stiche lassen. Die beiden anderen Mitschuldigen sind in die Fremdenlegion geflüchtet. Meßner wurde wegen Diebstahls im Rückfalle zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Spielpläne auswärtiger Bühnen.

National-Theater Mannheim. National-Theater. So., 10. April: „Undine", Anf. 7 Uhr. — Mo., 11.: „Coppelia", „Die schöne Galathee", 7. — Di., 12.: „Die Verschwörung des Fiesko zu Genua", 6½. — Mi., 13.: „Der Schwarzkünstler", 7. — Do., 14.: „Die Walküre", 6. — Fr., 15.: „Kleist", 7. — Sa., 16.: „Der Sturm", 7. — So., 17.: „Die Schafschur", „Der Brand im Hutzelwald", 11¼, „Der Troubadour", 7. — Neues Theater. So., 10.: „Die schwebende Jungfrau", 7. — Fr., 15.: „Der Postillon v. Lonjumeau", 7. — So., 17.: „Die schwebende Jungfrau", 7½.

Stadttheater Heidelberg. S., 10. April: „Susannens Geheimnis", hierauf „Die schelmische Gräfin". — Mo., 11.: „Der letzte Zeuge". — Di., 12.: „Der Vogelhändler". — Mi., 13.: „Martha". — Do., 14.: „Vertauschte Seelen". — Fr., 15.: „Susannens Geheimnis", hierauf „Die schelmische Gräfin". — Sa., 16.: „Hänsel und Gretel". Beginn an Wochentagen um 7½, an Sonntagen um 7 Uhr.

Städtische Schauspiele Baden-Baden. Mo., 11. April: „Romeo und Julia", Anf. 6 Uhr. — Di., 12: „Wenn wir Toten erwachen", 7½. — Mi., 13.: „Der Biberpelz", 7. Do., 14.: „Wilhelm Tell", 6. — Fr., 15.: „Rigoletto", 7½. — So., 17.: „Meine Frau, das Fräulein", 7.

Württembergisches Landestheater. Großes Haus. So., 10. April: „Lohengrin", Anf. 6½ Uhr. — Mo., 11.: „Gyges und sein Ring", 7½. — Di., 12.: „Zar und Zimmermann", 7. — Mi., 13.: „Hoffmanns Erzählungen", 7. — Do., Geschlossen. — Fr., 15.: „Boris Godunow", 6½. — Sa., 16: „Wilhelm Tell", 2½. — So., 17.: „Boris Godunow", 6. — Mo., 18.: „Gyges und sein Ring", 7½. — Kleines Haus. So., 10.: „Peer Gynt", 4. — Mo., 11.: „Bastian und Bastienne", „Die Gärtnerin aus Liebe", 7. — Di., 12.: „Der lebende Leichnam", 7. — Mi., 13.: „Peer Gynt", 6. — Do., 14.: „Die Heirat", 7½. — Fr., 15.: „Einsame Menschen", 7. — Sa., 16.: „Einsame Menschen", 7½. — So., 17.: „Peer Gynt", 6. — Mo., 18.: „Mary Wigmann", 7½.

Landestheater Darmstadt. So., 10. April: „Frühlings Erwachen", Anf. 6½ Uhr. — Mo., 11.: 6. Konzert des Landestheater-Orchesters. — Di., 12.: „Hänsel und Gretel", hierauf „Tanzbilder", 6½. — Mi., 13.: „Der Bibliothekar", 7. — Do., 14.: „Aida", 6½. — Fr., 15.: „Glaube und Heimat", 7½. — Sa., 16.: „Louis Ferdinand, Prinz von Preußen", 2¾. — So., 17.: „Louis Ferdinand, Prinz von Preußen", 5½.

Städtisches Theater Frankfurt a. M. Opernhaus. So., 10. April: „Die Meistersinger von Nürnberg", Anf. 5 Uhr. — Mo., 11.: „Der letzte Walzer", 7. — Di., 12.: „Lohengrin", 6. — Mi., 13.: „Rigoletto", 7. — Do., 14.: „Der Rosenkavalier", 6½. — Fr., 15.: „Medea", 7. — Sa., 16.: „Die Zauberflöte", 6½. — So., 17.: „Hoffmanns Erzählungen", 7. — Mo., 18.: „Der letzte Walzer", 7. — Di., 19.: „Salome", 7. — Mi., 20.: „Die Fledermaus", 7. — Schauspielhaus. So., 10.: „Lanzelot und Sanderein", hierauf „Die Geschwister", 3, „Was ihr wollt", 7. — Mo., 11.: „Peer Gynt", 6. — Di., 12.: „Modeschau", 3½, „Jaakobs Traum", 7½. — Mi., 13.: „Modeschau", 3½, „Der König der dunklen Kammer", 7. — Do., 14.: „Modeschau", 3½, „Was ihr wollt", 7. — Fr., 15.: „Robert und Bertram", 7. — Sa., 16.: „Die große Katharina", vorher „Die sittliche Forderung", 7½. — So., 17.: „Lanzelot und Sanderein", hierauf „Die Geschwister", 3, „Maria Stuart", 6½. — Mo., 18.: „Der König der dunklen Kammer", 7. — Di., 19.: „Opfernacht", 7. — Mi., 20.: „Jaakobs Traum", 7½.

Tagesanzeiger. (Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen).

Sonntag, 10. April.

Festhalle. Kundgebung für die ungeteilte Erhaltung Oberschlesiens. 10½ Uhr.

Landestheater. „Tiefland". 6 Uhr.

Konzerthaus. „Liselott von der Pfalz". 7 Uhr.

Ausstellung für Wohnungswesen. Städt. Ausstellungshalle. 8—1, 2½—6 Uhr.

Colosseum. „Der 7. Bna", 4 Uhr. „Im Pfarrhaus", 8 Uhr.

Weltpanorama. „Wanderung durch Mexiko".

Stadtgarten. Wettrudern und Doppelkonzert. 3 bis 6 Uhr.

Mieter- u. Untermietervereinigung. Oeffentliche Versammlung im Colosseum. 10 Uhr.

Artilleriebund „St. Barbara". Frühlingsfest in den „3 Linden". 3 Uhr.

Friedrichshof. Abends Künstlerkonzert.

Norddeutschland — Süddeutschland. K. F.B.-Plab. 3½ Uhr.

Uniontheater. Neues Programm.

Briefkasten.

(Anfragen werden nur beantwortet, wenn die Abonnementsquittung beigefügt ist. Wird schriftliche Antwort gewünscht, auch Rückporto.)

J. D. in O. Die Almendvergebung ist fast in allen Gemeinden in der gleichen Weise geregelt wie in der Ihren. Eventuelle Aenderungen kann nur der Bürgerausschuß vornehmen.

M. Unseres Erachtens ja, vorausgesetzt, daß der Verkehr nicht beengt wird.

Chlorodont
gegen üblen Mundgeruch

die deutsche Weinbrandmarke
Genera vertretung für Baden und Fabriklager
Mondorf & Mellert, Karlsruhe i. B. Fernru 4993.

Blusen
Sommerkleider, Kinderkleider, Kostüme, Tischdecken, Stickereien, Herrenanzüge, Krawatten, Hüte usw. können Sie mit Sabol, chemische Reinigung im Hause, selbst zuverlässig chemisch reinigen. Preis Mk. 2.— per Paket, in Drogerien erhältlich.